

Professor Dr. Axel A. Weber

Präsident

der Deutschen Bundesbank

Ausblick auf 2006

Frühjahrstagung der FDP-Bundestagsfraktion

in Magdeburg

am 05.03.2006

– Es gilt das gesprochene Wort –

Inhalt

1	Begrüßung	2
2	Lage und Ausblick.....	2
2.1	Konjunkturelle Perspektiven	2
2.2	Die Geldpolitik im Euroraum	5
2.3	Finanzpolitik.....	6
3	Schluss	8

1 Begrüßung

Sehr geehrter Herr Gerhardt, sehr geehrter Herr Westerwelle, sehr geehrte Minister, sehr geehrte Damen und Herren. Gerne bin ich heute nach Magdeburg gekommen, um Ihnen einen Ausblick auf das Jahr 2006 zu geben.

Um den Rahmen einer Tischrede nicht zu sprengen, wird sich mein Ausblick auf die drei Themenbereiche Konjunktur, Geldpolitik und Finanzpolitik richten.

2 Lage und Ausblick

2.1 Konjunkturelle Perspektiven

Die deutsche Volkswirtschaft hat im vierten Quartal des Jahres 2005 eine Wachstumspause eingelegt. Gegenüber dem dritten Quartal blieb die Wirtschaftsleistung (gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt) preis-, saison- und kalenderbereinigt unverändert (+ 0,0%).

Jedoch warne ich davor, hieraus den Schluss zu ziehen, der verhaltene Aufwärtstrend des letzten Jahres sei bereits gebrochen. Die anhaltend gute Auftragslage in der deutschen Industrie und das erheblich verbesserte

Geschäftsklima lassen nämlich erwarten, dass es sich es sich beim realen Nullwachstum im vierten Quartal eher um eine temporäre Seitwärtsbewegung handelt.

In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass die Verlaufsdaten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Quartalsbetrachtung oftmals sehr volatil sind. Betrachtet man statt Quartalswerten die konjunkturelle Entwicklung in der halbjährlichen Perspektive, so zeigt sich mit einem Zuwachs von (auf das Jahr hochgerechnet) 1 ½% im zweiten Halbjahr 2005 ein annähernd gleiches Tempo wie im ersten Halbjahr.

Analysiert man die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts, um die Stützen der Erholung zu identifizieren, so erkennt man folgendes, nun schon länger gültiges Muster: Die privaten Konsumausgaben entwickeln sich weiterhin schwach und können bisher keinen Wachstumsbeitrag leisten. Zunehmend positive Impulse kommen hingegen von den Bruttoanlageinvestitionen (Ausrüstungen + 3,9%, Bauten + 0,4%). Die Exporte schließlich entwickeln sich weiterhin dynamisch (+ 8,7%) und stützen somit die konjunkturelle Entwicklung (Außenbeitrag: + 0,8%)¹.

Dieses Muster macht deutlich: Die Schwäche des privaten Konsums ist und bleibt die Achillesferse der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Solange hier keine Verbesserung zu erzielen ist, wird der Konjunkturmotor auch in Zukunft nur auf der Hälfte seiner Zylinder und somit nur mit halber Kraft laufen.

Die Entwicklung der privaten Konsumnachfrage wiederum hängt ganz entscheidend von der Lage auf dem Arbeitsmarkt ab. Nur falls hier die Trendwende gelingt, ist damit zu rechnen, dass der Aufschwung an Breite gewinnt und die notwendige Eigendynamik entwickelt.

¹ Angegebene Werte sind jeweils gegenüber dem Vorjahresquartal berechnet.

Stützend für die Konsumnachfrage im weiteren Verlauf des Jahres dürfte sein, dass sich die Erwerbstätigkeit offenbar zuletzt stabilisiert hat: Der Rückgang voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse scheint zum Stillstand gekommen zu sein. Dies ist per se noch kein Grund zur Euphorie, jedoch ein Hoffnungsschimmer angesichts der Entwicklung in den Jahren zuvor.

Positiv auf die Lage am Arbeitsmarkt dürfte sich in mittlerer Zukunft auswirken, dass die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft im Jahr 2005 um schätzungsweise $\frac{3}{4}\%$ gesunken sind. Hinzu kommt, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft über einen Zeitraum von zehn Jahren um gut 18% verbessert hat (nun $6\frac{1}{2}\%$ besser als im langfristigen Durchschnitt).

Von großer Bedeutung für den Arbeitsmarkt im Laufe dieses Jahres wird sein, ob die Tarifpartner ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung in der bevorstehenden großen Lohnrunde gerecht werden. Angesichts der unterschiedlichen Lage in den einzelnen Branchen und Segmenten des Arbeitsmarktes sind Abschlüsse geboten, die hinreichenden Raum für Differenzierungen und Flexibilität lassen.

Eine dem wirtschaftlichen Umfeld angemessene Lohnpolitik ist und bleibt unabdingbare Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung. Mitunter zu hörende Vorschläge, der Konsumschwäche über eine offensive Lohnpolitik zu begegnen, sind dagegen nicht hilfreich. Im Gegenteil: Unter anderem die Lohnmoderation der letzten Jahre hat dazu beigetragen, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft merklich verbessert hat. Die positiven Wirkungen auf die Exportentwicklung und somit die Stütze der gegenwärtigen konjunkturellen Erholung liegen auf der Hand.

2.2 Die Geldpolitik im Euroraum

Der EZB-Rat hat vor wenigen Tagen den Leitzins im Euroraum auf nunmehr 2,5% angehoben, nachdem er Anfang Dezember zum ersten mal seit mehr als fünf Jahren die Notenbankzinsen erhöhte. Hintergrund für diese zweite leichte Zinserhöhung innerhalb von drei Monaten war, dass das gegenwärtige realwirtschaftliche und monetäre Umfeld weiterhin Risiken für die Preisniveaustabilität auf mittlere Sicht birgt.

Auf Basis der geldpolitischen 2-Säulen-Strategie sind zwei Dinge zu konstatieren: Zum einen hat sich das realwirtschaftliche Umfeld in letzter Zeit weiter gefestigt, zum anderen ist die Geldmengen- und Kreditentwicklung im Euroraum weiterhin sehr dynamisch. Risiken für die Geldwertstabilität sind die Folge.

Mit Blick auf die Wachstumsaussichten stellen die anhaltenden globalen Ungleichgewichte und die von diesen ausgehende potentielle Gefahr von Verwerfungen auf den Finanzmärkten ein Konjunkturrisiko dar.

Mit Blick auf die Risiken für die Geldwertstabilität sind die weiterhin volatile Entwicklung der Ölpreise sowie die angekündigten Erhöhungen administrierter Preise und indirekter Steuern genau zu beobachten. Inflationsrisiken bestehen in diesem Zusammenhang insbesondere dann, falls die bisher weitgehend ausgebliebenen Zweitrundeneffekte noch auftreten sollten. Hiermit verbunden ist die Gefahr, dass die Inflationserwartungen der Wirtschaftssubjekte ansteigen könnten.

Eine vorausschauende Geldpolitik muss Risiken für die Preisniveaustabilität frühzeitig entgegentreten, um die Inflationserwartungen der privaten Haushalte, der Unternehmen und der Finanzmarktakteure dauerhaft auf niedrigem Niveau zu verankern. Dies ist der entscheidende Beitrag der Geldpolitik, um Vertrauen zu bilden und somit langfristig Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

Verschiedene Kommentatoren halten dem Eurosystem vor, mit diesen Zinsschritten ohne Not die konjunkturelle Erholung zu gefährden. Hierzu ist folgendes anzumerken: Mit dem Anheben des Leitzinses auf 2,5% nimmt das Eurosystem die akkomodierende Geldpolitik der letzten Jahre etwas zurück. Vom Beginn einer restriktiven Phase kann keine Rede sein. Die Geldpolitik des Eurosystems steht einem weiteren Aufschwung im Euroraum nicht im Wege, im Gegenteil: Nach allen gängigen Maßstäben ist die Ausrichtung der Geldpolitik weiterhin expansiv.

2.3 Finanzpolitik

Die jüngst vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zur Maastricht-Defizitquote im Jahr 2005 zeigen, dass sich die Lage der Staatsfinanzen im vergangenen Jahr leicht verbessert hat.

Dieser Umstand ist jedoch im Zusammenhang zu sehen. Das laufende Haushaltsdefizit in Höhe von 3,3% des Bruttoinlandsprodukts liegt zwar unter den Werten der Vorjahre², jedoch zum vierten mal in Folge oberhalb der im Maastricht-Vertrag festgeschriebenen Defizitgrenze von 3%. Der anhaltende finanzpolitische Handlungsbedarf ist evident. Hierbei gilt es, Herausforderungen auf europäischer und nationaler Ebene zu begegnen.

Auf europäischer Ebene ist zu beachten, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt mehr verlangt als das Einhalten der 3%-Grenze für das laufende Defizit und der 60%-Grenze für den Gesamtschuldenstand. Zielvorstellung des Pakts ist der mittelfristige Haushaltsausgleich in der konjunkturellen Normallage. In diesem Zusammenhang ist immer wieder wichtig zu betonen, dass der Stabilitätspakt kein Selbstzweck, sondern ein Kernelement der Währungsunion ist.

² Jährliche Haushaltsdefizite in 2002: -3,7%, 2003: -4,0%, 2004: -3,7% des BIP.

Auf nationaler Ebene erwächst der Konsolidierungsbedarf sowohl aus Art. 115 GG als auch aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz, das ebenfalls das Ziel ausgeglichener Haushalte formuliert (§51a).

Wie sie wissen, haben die Notenbanken im Eurosystem die im letzten Jahr vorgenommene Reform des europäischen Stabilitätspakts mit gehöriger Skepsis betrachtet, da der reformierte Pakt zahlreiche Ausnahmebestimmungen im Vergleich zur ursprünglichen Fassung enthält. Für die Glaubwürdigkeit des geänderten Pakts ist deshalb entscheidend, die neuen Bestimmungen nun auch konsequent anzuwenden. Nur so lässt sich verhindern, dass bereits kurz nach der Änderung des Pakts neue Präzedenzfälle für Regelverletzungen geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang kommt der Rolle Deutschlands eine erhebliche Bedeutung zu. Aus diesem Grund hält es die Bundesbank für erforderlich, das gesamtstaatliche Defizit bereits in diesem Jahr wieder unter die 3%-Grenze zu bringen. Bei sparsamer Haushaltsführung und dem Verzicht auf neue, die öffentlichen Haushalte belastende Maßnahmen ist diese Grenze durchaus erreichbar.

Dies gilt umso mehr, als der geänderte Stabilitäts- und Wachstumspakt für Länder mit einem übermäßigen Defizit eine strukturelle Konsolidierung um jährlich mindestens 0,5% des BIP vorsieht – was als wichtige Neuerung herausgestellt wurde. Die 2-Jahres-Interpretation im Rahmen des jüngsten deutschen Stabilitätsprogramms ist nur wenig paktgerecht, die Haushaltsplanung eher als problematisch anzusehen.

Die konjunkturellen Aussichten in Deutschland stehen einer gleichmäßigeren zeitlichen Verteilung der bisher erst für das Jahr 2007 geplanten Defizitrückführung nicht im Wege. Im Gegenteil: Bei den diesjährigen Konsolidierungsanstrengungen nachzulassen widerspräche einer entscheidenden

Intention des reformierten Pakts – nämlich der verstärkten Konsolidierung bei günstiger gesamtwirtschaftlicher Entwicklung.

Der Blick auf die prominente 3%-Grenze darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mehr als nur das Einhalten dieses Kriteriums erfordert. Es sind weiterhin erhebliche Anstrengungen nötig, um zu nachhaltigen öffentlichen Finanzen zu kommen und den Anforderungen des Stabilitätspakts und der nationalen Vorgaben gerecht zu werden.

Hierbei muss folgendes unterstrichen werden: Solide öffentliche Finanzen anzustreben bedeutet nicht, der Volkswirtschaft eine ökonomische Zwangsjacke zu verpassen, die wirtschaftliche Stagnation und finanzpolitische Handlungsunfähigkeit impliziert. Im Gegenteil: Angesichts der demographischen Entwicklung sind ausgeglichene Haushalte unabdingbar, um den kommenden Belastungen für die öffentliche Hand gewachsen zu sein.

Schließlich gilt: Nur ausgeglichene Haushalte erlauben es, die automatischen Stabilisatoren in einer konjunkturellen Schwächephase wirken zu lassen, ohne Gefahr zu laufen, die 3%-Grenze zu verletzen.

3 Schluss

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die vorangegangenen Ausführungen machen deutlich, dass das gesamtwirtschaftliche Umfeld aus Konjunktorentwicklung, Geld- und Finanzpolitik durchaus eine gewisse Zuversicht für den weiteren Verlauf des Jahres rechtfertigt. Euphorie ist zwar nicht angebracht, jedoch ist die Ausgangslage vergleichsweise günstig.

Entscheidend ist, jetzt nicht mit den Anstrengungen zur weiteren Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nachzulassen. Dies nicht zuletzt deshalb, um in Zukunft wieder finanzpolitischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen.

* * *